Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gensike; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland), Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler, Sport: Jürgen von Einem, Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese, Kulturpolitik: W. M. Herrmann, Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader, Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Selle, Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg, Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Krell. Allgemeines: K. Lorch, Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dasch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Dämrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepner, Egbert A. Hoffmann, Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen der Verfasser gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Verlagsleiter: Rudolph Gerhner, Stellvertreter: Walter Rauls. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Prags Freiheit stirbt in Raten

Früher wurde im sowjetischen Machtbereich die Freiheit lärmend niedergewalzt und erschlagen. Heute russeln die Imperialisten im Kreml nicht mehr so laut mit den Ketten. Der Prager Frühling stirbt leise vor sich hin — in Raten. Auch Systeme der Unterdrückung gehen mit der Zeit und werden feiner.

So läßt sich auch nicht genau bestimmen, wann die Agonie der tschechoslowakischen Reformpolitik begann. Injizierte die Propaganda der Achse Moskau—Ost-Berlin das erste Gift? Begann die Freiheit schon in Kaschau und Preßburg oder erst in der Nacht zum 21. August zu sterben? Waren die sowjetischen Statthalter die Vollstrecker des schleichenden Freiheitstodes oder starb die Januar-Politik gestern mit der Entmachtung ihres prominentesten Vertreters Alexander Dubcek?

Die Zeitbestimmung des Ablebens fällt bei dem schleichenden Charakter des Anschlags schwer, aber das Ende ist deutlich vorskizziert und unterscheidet sich nicht von den Ergebnissen der Intervention nach dem 17. Juni oder während des Ungarn-Aufstands. Am Ende marschiert auch die Tschechoslowakei wieder im Gleichschritt des von Moskau beherrschten Blocks, nun vergeuden wieder bürokratische Parteifunktionäre ohne Fachqualifikationen die Möglichkeiten der Nation, jetzt bilden wieder Polizei und Spitzel einen Staat im Staate. Der gestrige Machtwechsel, von langer Hand vorbereitet, begann denn auch wieder mit einer Polizeiaktion alten Stils.

Alexander Dubcek hat gerade das nicht gewollt. Er träumte einen Sommer lang von einem „Kommunismus mit menschlichem Antlitz". Er selbst war mehr Mensch als Politiker. Er arbeitete mit sauberen Händen. Das Volk dankte es ihm, indem es seine Politik durch aufrichtiges Vertrauen unterstützte. Die Menschen in der CSSR verstanden Dubcek und seine Reformer als Männer, die den Sozialismus nicht verraten, sondern ihm zu einer Chance verhelfen wollten.

Bei diesem gedanklichen Höhenflug übersah Dubcek eine entscheidende Tatsache, die ihm letzten Endes zum Verhängnis wurde: Er ließ außer acht, daß Moskau heute die sozialistische Ideologie nur als Vorwand benutzt, um nationalistische Machtpolitik betreiben zu können. Unter dem Banner des Marxismus-Leninismus müssen die osteuropäischen Staaten an der Ausdehnung und Sicherung des sowjetischen Herrschaftsbereichs mitarbeiten. Und das nur, weil Moskau die Sache des internationalen Sozialismus mit dem nationalen Eigeninteresse identifiziert.

Unverbrämt wurde diese neokolonialistische Politik durch die Breschnew-Doktrin festgelegt, die den sozialistischen Staaten nur eine „begrenzte Souveränität" zugesteht. Kein Wunder, daß dieser gigantische Alleinvertretungsanspruch, der eines Tages die ganze Welt umfassen soll, bei den ideologisch viel konsequenteren Chinesen auf stärksten Widerstand stößt.

Aber die kleine Tschechoslowakei konnte sich einen solchen Widerspruchsgeist nur kurze Zeit leisten. Dubceks Traum verstieß gegen das außenpolitische Primär-Ziel Moskaus und war überdies noch dazu angetan, auch in den Seelen manches russischen Bürgers gefährliche Nachdenklichkeit zu erzeugen.

So kann von der tragischen Entwicklung in der Tschechoslowakei und von dem Sturz seines Idols niemand überrascht sein. Der weiche, idealistische Dubcek war nicht der Mann, der sich gegen die pausenlosen Wechselbäder der harten Routiniers in Moskau wehren konnte.

Die „kleinen Freiheiten", die er so zäh und doch aussichtslos verteidigte, waren ihm ohnehin in der letzten Zeit wieder entrissen worden. Vielleicht, es ist nur eine Hoffnung, bringt die Entfernung dieses Mannes, den der Kreml so sehr gehaßt und verfolgt hat, den tapferen Tschechoslowaken im Zwangskontakt mit den Sowjets Erleichterungen. Menschenwürde und Gedankenfreiheit werden freilich lange in der Dämmerung verharren müssen. Ihre Erlösung bewirkt keine Tagespolitik, sondern nur ein großer historischer Prozeß. hjm

Schülerparlament: „Wir müssen härteren Kurs einschlagen"

Eigener Bericht

sic. **Hamburg**, 18. April

Das Hamburger Schülerparlament (HSP) hat sich gestern endgültig gegen die Schulbehörde gestellt. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution betont es, die Schülervertretung verstehe sich nicht als Teil der Schulbehörde. Gerade diese Auffassung versucht jedoch die Behörde durchzusetzen. Sie wird heute zu dem neuen HSP-Beschluß Stellung nehmen.

Das Schülerparlament ist nach dieser Resolution der Ansicht, daß es sich, als Interessenvertretung der Schüler nach wie vor im Rahmen des § 36 des Schulverwaltungsgesetzes bewegt. Der Schülermitverwaltungs-Erlaß der Behörde könne jedoch nicht an die Schüler gerichtet sein, sondern nur an die Bediensteten der Schulbehörde.

„Das Schülerparlament wird den SV-Erlaß weiterhin politisch bekämpfen", heißt es in der Resolution. Er manifestiere die Abhängigkeit der Schüler vom Wohlwollen der Lehrer und verschleiere die autoritären Strukturen der Schule.

Die in der Schule am Mittelweg versammelten Schulsprecher waren vorher vom Landesschulsprecher Hermann Hanser auf die Folgen ihres Entschlusses hingewiesen worden. „Die Schulbehörde wird uns spätestens am Montag die Räume sperren, ebenso die Gelder", sagte er. Er kündigte an, daß der HSP-Vorstand dann vor dem Verwaltungsgericht klagen und nötigenfalls durch alle Instanzen gehen werde. Er wolle versuchen, eventuell auf dem Wege einer Einstweiligen Verfügung die Arbeitsmöglichkeiten des HSP vorläufig zu sichern.

„Alle Verhandlungsversuche mit der Schulbehörde haben sich als sinnlos erwiesen", sagte Hanser. „Sie beharrt starr auf ihrem Standpunkt; darüber hinaus hält sie sich nicht an Vereinbarungen. Wir müssen nun einen härteren Kurs einschlagen."

Das Schülerparlament will trotz seiner schwierigen Lage das Experiment „Kritische Schule" wagen. Sie wird sich in einer Vollversammlung am 30. April im WiSo-Institut konstituieren. Diese Kritische Schule soll „ein Zentrum der antiautoritären Schüler bilden, in dem gearbeitet wird". Die Schüler sollen selbst die Arbeit bestimmen, die ohne Leistungszwang, also ohne Zensuren, getan wird. „Wir wollen ausprobieren, ob das zu verwirklichen ist, was uns vorschwebt", betonte dazu der HSP-Vorstand.

Hamburgs Schülerparlament hat sich gegen die Schulbehörde gestellt
Foto: SCHNEIDER-SIEMT

Sirhan ist des Mordes schuldig

Strafmaß in der nächsten Woche

Springer-Auslandsdienst - dpa

Los Angeles, 18. April

Vor dem Schwurgericht in Los Angeles ist gestern Sirhan Bishara Sirhan des Mordes an Senator Kennedy für schuldig befunden worden. Jetzt muß eine Jury entscheiden, ob er zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt wird.

Nach einer Prozeßdauer von mehr als 15 Wochen brauchten die Geschworenen 16 Stunden und 42 Minuten, um hinter verschlossenen Türen zu einem einstimmigen Schuldspruch zu kommen. Sieben Männer und fünf Frauen hatten über den Kennedy-Mörder zu richten.

Sirhan lächelte nervös, als er um 11.11 Uhr in einem leichten graublauen Anzug und einem offenen weißen Hemd in den Gerichtssaal geführt wurde. Starr blickte er in die Gesichter der zwölf Geschworenen. Kurz darauf nahmen sie ihre Plätze an der Stirnseite des stahlplattenverkleideten kleinen Raumes ein. Sie waren ebenso sichtlich bewegt.

Während Sirhan an seinen Fingern kaute, verlas die aparte 25jährige Gerichtssekretärin Alice Nishikawa mit monotoner Stimme den Schuldspruch: „Schuldig des Mordes ersten Grades." Sirhan starrte ins Leere. Er regte sich nicht, als die Geschworenen einzeln ihr Ja zu dem Urteil verkündeten.

Der Prozeß, der bisher rund vier Millionen DM verschlungen hat, ist noch nicht zu Ende. Dieselben Geschworenen müssen jetzt entscheiden, ob sie Sirhan in die Gaskammer von St. Quentin oder lebenslänglich ins Zuchthaus schicken. Die Geschworenen, die bereits seit drei Monaten isoliert von der Öffentlichkeit leben, werden am Montag ihre Beratungen über das Strafmaß beginnen.

Das Urteil der Jury war eine klare Niederlage für die Verteidiger, die den schmächtigen, aus Jordanien stammenden Angeklagten vertraten. Mit einem Großaufgebot an Psychiatern hatten sie dem Gericht vor Augen führen wollen, daß Sirhan geisteskrank sei, daß er unfähig war, die Schüsse auf Kennedy sorgfältig zu planen, im Augenblick der Tat zudem angetrunken und in Selbsthypnose versunken war.

Für die Anklage war der Fall von Anfang an klar gewesen: Der fanatische Araber Sirhan haßte Kennedy wegen seiner prolsraelischen Äußerungen. In seinem Tagebuch stand, daß er den Senator ermorden werde. Außerdem waren die drei hünenhaften Ankläger von ihrer These der eindeutigen Mordabsichten dadurch bestärkt worden, daß Sirhan achtmal geschossen und noch fünf weitere Personen getroffen hatte.

In zwei Punkten waren sich Verteidigung und Anklage jedock völlig einig: Sirhan ist krank, und er sollte nie wieder ein freier Mann sein.

Unruhe in Prag

Fortsetzung von Seite 1

Nachfolger Dubceks als Parteichef wurde der 36jährige Rechtsanwalt und slowakische Parteichef Dr. Gustav Husak. Er war schon in den letzten Wochen Hauptverhandlungspartner der Sowjets. Husak versicherte nach seiner Ernennung, die CSSR werde nicht zur Politik des Stalinismus in den fünfziger Jahren zurückkehren. Husak wiederholte zwar seine scharfe Kritik an der alten Führung, sagte jedoch: „Ich kann Ihnen aber versichern, daß wir die Nach-Januar-Politik weiter verfolgen werden."

Der Entmachtung Dubceks war eine rigorose Polizeiaktion im ganzen Land vorausgegangen. Bei Massenverhaftungen wurden fast 900 Menschen festgenommen. Tausende wurden „kontrolliert". Offiziell hieß es, die Aktion habe sich gegen „verschiedene kriminelle und asoziale Elemente" gerichtet.

In Moskau berichteten heute morgen die Morgenblätter in einer kurzen Meldung über Dubceks „Rücktritt". Er habe darum gebeten, ihn von den Pflichten als Erster Sekretär des ZK der KPC zu entbinden.

In westlichen Ländern stieß die Ablösung Dubceks nicht auf Überraschung. Es war seit langem bekannt, daß die Sowjets seinen Sturz betrieben.

In Washington wird der neue Parteisekretär Dr. Husak zurückhaltend beurteilt. Man hält ihn für realistischer und kraftvoller. Und es sei nicht unbedingt zu erwarten, daß er das Rad der Geschichte zurückzudrehen versuchen werde.

In Paris wird vermutet, daß Husak einen moskaugenehmen härteren Kurs einschlagen wird.

Biafra-Hauptstadt völlig geräumt

Deutsche Presse-Agentur - upi

Umuahia, 18. April

Die provisorische biafrianische Hauptstadt Umuahia ist in den letzten Stunden völlig geräumt worden. Die Ibo-Truppen erhielten die Anweisung, auf dem Westufer des Imo-Flusses südlich der Stadt Stellung zu beziehen. Sie sollen ein Übersetzen der Bundestruppen über den Fluß verhindern.

Biafra-Chef Ojukwu soll bereits vor vier Tagen die Stadt verlassen haben und sein neues Hauptquartier in der Nähe von Orlu, rund 30 Kilometer vom Flughafen Uli, aufgeschlagen haben.

Sowjet-Warnung an die Schiffahrt

Eigener Bericht

Moskau, 18. April

Moskau hat die internationale Schiffahrt dringend davor gewarnt, ab sofort bis zum 15. Juni in der Zeit von 12 bis 24 Uhr Ortszeit ein bestimmtes Gebiet im Stillen Ozean zu befahren. Begründung: Raketenschießübungen der Sowjetunion.

Das Schießgebiet ist begrenzt durch einen Kreis mit einem Radius von 55 Seemeilen um 35 Grad 23 Minuten Nord, 172 Grad 24 Minuten West.

Foto: AP

Frauen für die Fliegerei

In China werden immer mehr Frauen für die Fliegerei angeworben. Einige von ihnen zeigt dies Funkfoto aus Peking. Es sind sieben Pilotinnen einer Luftwaffeneinheit, die gerade unter dem Bild Maos ein Kommuniqué des kommunistischen Parteitages studieren.

Neuer Prozeß um Tod von Benno Ohnesorg

Deutsche Presse-Agentur - upi

Berlin, 18. April

Vor der 10. Großen Strafkammer des West-Berliner Landgerichts begann heute der Wiederholungs-Prozeß gegen den 41jährigen Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras, der am 2. Juni 1967 während der Anti-Schah-Demonstrationen den tödlichen Schuß auf den 26jährigen Studenten Benno Ohnesorg abgegeben hat.

Kurras war im November 1967 von der 14. Großen Strafkammer des Landgerichts von der Anklage der fahrlässigen Tötung mangels Beweises freigesprochen worden. Diesen Freispruch hatte der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs am 1. Oktober letzten Jahres aufgehoben, da nach seiner Ansicht das Gericht gegen die Aufklärungspflicht verstoßen hatte. Es hatte eine Beweisaufnahme über Tonbandaufzeichnungen und Aussagen eines Rundfunkreporters über den Hergang abgelehnt, die nun im Mittelpunkt des auf zwölf Tage angesetzten Wiederholungsprozesses stehen werden.

Weitere politische Berichte auf den Seiten 13, 14 und 15

BUNTE WELT

Hilfe für Biafra

Die Förderungsgesellschaft Afrika e. V. (FGA) hat vorsorglich mehrere tausend „Einwegfallschirme" mit einer Traglast von je 60 kg angeschafft, um für den Fall eines Zusammenbrechens der Luftbrücke nach Biafra dennoch die notwendigsten Hilfsgüter in das bedrängte Land einfliegen zu können. Die FGA bittet dringend um Spenden auf das folgende Konto: Postscheckamt Köln, Kontonummer 6644, Stichwort: Biafra-Hilfe.

Anzeige

backe besser mit Gloria Mehl

Macmillan operiert

Der frühere britische Premierminister Harold Macmillan hat sich gestern im Londoner St. Thomas-Krankenhaus einer Gallenoperation unterziehen müssen. Der Politiker war vor drei Tagen mit akuter Gelbsucht in das Krankenhaus eingewiesen worden.

Terroristen in Hungerstreik

Die drei arabischen Terroristen, die seit ihrem Anschlag auf eine israelische Verkehrsmaschine in Zürich am 18. Februar in schweizerischer Untersuchungshaft gehalten werden, sind am Dienstag in einen Hungerstreik getreten. Wegen bestehender Fluchtgefahr haben die Schweizer Behörden den Haftbefehl um zwei weitere Monate verlängert.

UNO-Präsident gestorben

Emilio Arenales Catalan, Außenminister von Guatemala und seit Ende September vergangenen Jahres Präsident der UNO-Vollversammlung, ist gestern in Guatemala im Alter von 46 Jahren gestorben. Der Politiker war im Oktober 1968 in New York an einem Gehirntumor operiert worden.

Emilie Arenales Catalan

„Fremder Prinz"

Die „freie walisische Armee" will die Investitur des Prinzen Charles als Prinz von Wales im Juli mit Gewalt verhindern. Ein Mitglied der nationalistischen Geheimarmee soll erklärt haben, die Krönung des „fremden Prinzen" zum Prinzen von Wales sei eine Beleidigung der walisischen Nation.

Orden für de Maizière

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Ulrich de Maizière, wurde am Donnerstag in Washington mit dem Kommandeurskreuz der „Legion of Merit" ausgezeichnet. Der Orden ist die höchste militärische Auszeichnung, die die USA an ausländische Soldaten zu vergeben hat.

Steuern für Politiker

Nach den Plänen der beiden großen österreichischen Parteien (ÖVP und SPÖ) soll noch in dieser Legislaturperiode eine Besteuerung der Bezüge von Ministern und Abgeordneten eingeführt werden. Allerdings sollen die Bezüge gleichzeitig in einem Maße erhöht werden, daß die Abgeordneten trotz Steuern mehr Geld bekommen.

Europäische Eier

Die Kennzeichnung europäischer Eier nach EWG-Normen wird nicht schon zum 1. Mai, sondern erst zum 1. Juli verbindlich eingeführt. Die neuen Richtlinien sehen eine Einteilung der Eier in sieben Gewichtsklassen vor.

Einmalig in Europa: RICHTER-Zentrum Schenefeld

Mit der lückenlosen Garantie für sehr niedrige Barkauf-Preise
in vielen großen eigenen Hallen mit 110 Schaufenstern
die überragende Auswahl eines sehr großen Polstermöbel-Spezialhauses
und ein überwältigendes Angebot schöner Wohnschränke und Schrankwände
und eine unwahrscheinliche internationale Stilmöbel-Schau . . .

und eine Ledermöbel-Auswahl, die es kaum noch einmal gibt
und sehr viele absolut einmalige RICHTER-Angebote
und ständig Sonderangebote wie Muster- und Ausstellungsstücke
zu sehr weit herabgesetzten Preisen, oft weit unter Fabrikpreis! —
Das sollten Sie vor jedem Einkauf unbedingt vergleichen!

Unsere hervorragende Position unter den größten Spezialhäusern Europas
verdanken wir dem eingehenden Preisvergleich unzähliger Kunden! —
Weil wir in eigenen Hallen viele Millionen Barkaufumsätze erreichen,
können wir mit einer Kalkulation arbeiten,
mit der wir uns ohne Ausnahme auf jeden Preisvergleich freuen!

Um der Tradition unseres Hauses für Sonder-Leistungen zu entsprechen,
werden wir in wenigen Monaten eine noch viel größere Auswahl zeigen.
Darum haben wir durch Grundstücks-Kauf und eingeleitete Neubauten
eine Erweiterung unserer Betriebs-Flächen in Schenefeld auf 40 000 qm
Verkaufs-Räume, Lagerhallen, Parkplätze, Büros usw. vorgesehen!

RICHTER Europas großes Spezialhaus für Polstermöbel, Wohnschränke und Schrankwände
Schenefeld bei Hamburg — Lornsenstraße 125 — Ruf Hamburg 83 000 71